

# Heuchlerische Moralapostel Hans-Peter Brenner, Nina Hager und Robert Steigerwald

**Kurt Gossweiler stellt richtig**

**Antwort auf das revisionistische Dreigestirn zu ihrem Beitrag in der jungen Welt „Macht und Moral – Debatte. »Dialektik der Vernunft«? Über fatale Irrtümer des Genossen Hans Heinz Holz“**

Antwort von Dr. Kurt Gossweiler

**Ist Gewalt zur Verteidigung des Kommunismus unmoralisch?**

Der bulgarische Autor Michail Kilew hat ein Buch geschrieben über „Chruschtschow und der Zerfall der UdSSR“, in dem er über Chruschtschows und seiner Nachbeter Wirken zu der Schlußfolgerung kommt:

*„Man braucht viele Leute vom Schlage eines Herkules und die Umleitung mehrerer Flüsse, um die Geschichte der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus, damit also die Namen und das Werk Lenins und Stalins von den Bergen an Lügen und Verleumdungen zu reinigen. Nur mittels einer solchen gewaltigen Anstrengung wird die Wahrheit über ihr revolutionäres Werk, das Wesen und den Inhalt der Errichtung des ersten sozialistischen Staates auf der Welt zum Vorschein kommen – und nur so können die Erfahrungen dem internationalen Proletariat und der vom Imperialismus geknechteten Menschheit eine Zukunftsperspektive bieten. Deshalb ist diese Arbeit absolut wichtig und unumgänglich.“*

Hans Heinz Holz hat dazu mit seinem Artikel „Dialektik der Vernunft“ 1[1] in der Jungen Welt vom 2. Februar 2011 einen wertvollen Beitrag geleistet. Er wendet sich dagegen, moralisierend die Anwendung von Gewalt zur Verteidigung der Revolution zu verurteilen: „Und draußen stand der Feind“, schreibt er, „hochgerüstet und aggressiv. ... Es gibt keine Epoche in der Weltgeschichte, in der eine solche Situation nicht mit harten Maßnahmen der Gegenwehr beantwortet worden wäre und in der nicht auch Unschuldige ihnen zum Opfer fielen.“

Er hätte auch Karl Marx zitieren können, der 1879 in einem Interview auf die Frage des Londoner Korrespondenten der Chicagoer „Tribune“, ob die Sozialisten Mord und Blutvergießen zur Durchführung ihrer Grundsätze für notwendig halten, zur Antwort gab: *„Keine einzige große Bewegung ist ohne Blutvergießen geboren worden.“* Zu ergänzen wäre: *„geboren und verteidigt worden.“* 2[2]

Das Dreigestirn Brenner-Hager-Steigerwald aber wirft Holz in seiner Erwiderung „Macht und Moral“ vor, er verteidige einen Kampf um Machterhalt ohne moralische und ethische Grenzen. Dieser Vorwurf erinnert sehr unangenehm an das alte Lied aller Antikommunisten vom Kommunismus als Herrschaft ohne Moral...

---

## **Fidel Castro als Kronzeuge im sogenannten „Hitler-Stalin-Pakt“?**

Um ihren Vorwurf an Holz mit einer unanfechtbaren Autorität zu versehen, führen unsere Drei als Vierten keinen geringeren als Fidel Castro als Kronzeugen ins Feld.

Würde es sich bei der angeführten Stellungnahme Fidels um ein Urteil über die Geschichte der Revolution in Kuba und um den Befreiungskampf der lateinamerikanischen Völker vom US-amerikanischen Joch handeln, dann wären wir sicher, die kompetenteste Auskunft, die wir zu diesem Thema erhalten können, erhalten zu haben.

Aber muß er deshalb auch ebenso kompetent sein in der Kenntnis der Geschichte der Sowjetunion? Nein, muß er nicht, und ist er auch nicht, wie der uns von den Dreien vorgeführte Abschnitt aus Fidels Autobiographie „Mein Leben“ zeigt. Denn dort wiederholt Fidel nur, was wir alle aus der Chruschtschow-Geheimrede an Beschuldigungen Stalins kennen. So schreibt er, Stalin habe „das verheerende deutsch-sowjetische Ribbentrop-Molotow-Abkommen, den Hitler-Stalin-Pakt, unterzeichnet.“

Er übernimmt damit nicht nur die verleumderische Bezeichnung des Nichtangriffsvertrages als eines Hitler-Stalin-Paktes, (ein Pakt ist ein Bündnis zu einem gemeinsamen Tun, ein Nichtangriffsvertrag ist ein Abkommen über ein beiderseitiges Nicht-Tun), sondern kennt offenbar auch nicht die historischen Zusammenhänge, die Tatsache nämlich, daß der Nichtangriffsvertrag die Grundsteinlegung war für die Anti-Hitler-Koalition. Denn dem Abschluß des Nichtangriffsvertrages ging ein jahrelanges Bemühen der Sowjetunion voraus, mit den Westmächten zu einem Vertrag über kollektive Sicherheit zu gelangen, der jeden Teilnehmer verpflichtete, jedem von ihnen sofort mit militärischem Einsatz zu Hilfe zu kommen, der von Hitlerdeutschland angegriffen würde.

Dieses Bemühen begann 1935 mit dem Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund scheiterte aber 1939 an der Weigerung der Westmächte und Polens, einen alle Seiten gleichermaßen verpflichtenden Vertrag zu unterzeichnen. Und das hatte seinen bösen Grund: Die Westmächte hatten Hitlerdeutschland ja doch dazu erlaubt, den Versailler Vertrag als nicht existent zu behandeln, sich zur stärksten Festlandsmacht in der Mitte Europas aufzurüsten, Österreich, das Sudetengebiet und schließlich die ganze Tschechoslowakei zu annektieren, damit es schließlich die Sowjetunion überfallen und die Sowjetmacht liquidieren sollte, aber selbst so geschwächt sein würde daß es am Ende ein Diktat der Westmächte hinnehmen mußte.

Das hat kein anderer als der spätere Präsident der USA, Harry S. Truman, offen ausgesprochen, als er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten erklärte: „Wenn wir sehen, daß Deutschland gewinnt, sollten wir Rußland helfen, und wenn Rußland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen, damit sich auf diese Art und Weise soviel als möglich gegenseitig umbringen.“ 3[3]

## **Wie und weshalb kam der Nichtangriffsvertrag zustande?**

Die Sowjetunion befand sich deshalb vor der Gefahr, einem von den Westmächten unterstützten Überfall Hitlers ganz alleine ausgeliefert zu sein, was den Untergang der Sowjetmacht bedeutet hätte. Als sich in dieser Situation durch das deutsche Angebot zum Abschluß eines Nichtangriffsvertrages die Möglichkeit

ergab, einer solchen tödlichen Gefahr zu entgehen, konnte es deshalb für die Sowjetführung gar keine andere Möglichkeit geben, als dieses Angebot anzunehmen, enthielt es doch die Möglichkeit, daß dadurch die Westmächte zu einem späteren Zeitpunkt doch noch zu einem Bündnis mit der Sowjetunion gezwungen sein würden, das sie bisher so hinterhältig hintertrieben hatten. Denn darüber konnte natürlich kein Zweifel bestehen, daß dieses deutsche Angebot nur erfolgt war, um bei dem geplanten Okkupationskrieg gegen Polen nicht Gefahr zu laufen, damit einen Zweifrontenkrieg gegen sich auszulösen.

Das hätte es auf jeden Fall bedeutet, hätten die Westmächte das sowjetische Angebot des Abschluß eines kollektiven Sicherheitsvertrages angenommen. Es war ihre Ablehnung dieses Angebotes, die der Sowjetunion gar keine andere Möglichkeit ließ, als nun das deutsche Angebot anzunehmen, so sehr man sich auch darüber klar war, daß dies in den eigenen Reihen, vor allem bei den Kommunistischen Parteien im kapitalistischen Ausland, nicht nur Überraschung hervorrufen, sondern auch auf Unverständnis stoßen würde.

Aber das mußte hingenommen werden, und es konnte auch in der Gewißheit hingenommen werden, daß der Zeitpunkt kommen würde, zu dem alle jetzt Zweifelnden diesen Schritt nicht nur verstehen, sondern als großartigen Schachzug gegen alle imperialistischen Verschwörungen zur Vernichtung der Sowjetunion erkennen und anerkennen würden. Dann nämlich, wenn Hitlerdeutschland den nur aufgeschobenen Überfall auf die Sowjetunion durchführen und die Sowjetunion dann den Kampf bis zur Vernichtung der faschistischen Bestie führen würde.

### **Chruschtschows Lügen – und über die Frage der Moral?**

Für die Sowjetführung bestand nie ein Zweifel daran, daß die Vernichtung der Sowjetunion und die Eroberung ihrer Reichtümer das Hauptziel des faschistischen deutschen Imperialismus war und blieb. Davon zeugen – gegen die bössartigen Verleumdungen Chruschtschows und anderer, Stalin habe Hitler vertraut – Stalins Ausführungen am 5. Mai 1941 vor Absolventen der Militärakademie, deren Hauptpunkte waren:

„1. Die Situation ist äußerst ernst. Mit einem deutschen Angriff in naher Zukunft muß man rechnen. 2. Die Rote Armee ist noch nicht stark genug, die Deutschen ohne weiteres schlagen zu können... Die Verteidigungsanlagen in den neuen Grenzgebieten sind unzulänglich... 3. Die Sowjetregierung wird mit allen ihr zur Verfügung stehenden diplomatischen Mitteln versuchen, einen bewaffneten Konflikt mit Deutschland zumindest bis zum Herbst hinauszuzögern, weil es um diese Jahreszeit für einen deutschen Angriff zu spät sein wird. Dieser Versuch kann gelingen, kann aber auch fehlschlagen. 4. Wenn er gelingt, wird der Krieg mit Deutschland fast unvermeidlich im Jahre 1942 stattfinden, und zwar unter viel günstigeren Bedingungen, da die Rote Armee dann besser ausgebildet und besser ausgerüstet sein wird. Je nach der internationalen Situation wird die Rote Armee einen deutschen Angriff abwarten oder aber selbst die Initiative ergreifen“.<sup>4[4]</sup>

Das bedeutete doch, die Möglichkeit ins Auge zu fassen, dem deutschen Angriff durch einen eigenen Angriff zuvorzukommen.

### **Durfte man das? War das nicht ein Ausdruck für „Macht ohne Moral“?**

Nein keineswegs, denn es gibt keine klassenindifferente, „allgemeinmenschliche“ Moral. Die Moral der Ausbeuterklassen und jene der

---

ausgebeuteten Klassen sind ebenso antagonistisch und unversöhnlich, wie ihre Klasseninteressen. Die Übernahme und Anwendung der bürgerlichen Moralgrundsätze durch Angehörige der ausgebeuteten Klassen ist unmoralisch, weil nützlich für den Klassenfeind und schädlich für die eigene Klasse. Moralisch ist dagegen alles, was der eigenen Klasse nützt und dem Klassenfeind schadet. Deshalb war der Nichtangriffsvertrag zutiefst moralisch, denn er bahnte der Niederlage des deutschen Faschismus und der Schwächung des Weltimperialismus, dem Entstehen eines sozialistischen Weltsystems nach dem Sieg über den Faschismus, den Weg.

### **Festlegung der Grenzlinien**

Die Sowjetunion nahm also nach dem Scheitern ihrer Bemühungen zum Abschluß eines Vertrages zur kollektiven Sicherheit mit England, Frankreich und Polen das deutsche Angebot zum Abschluß eines Nichtangriffsvertrages an. Er wurde am 23. August 1939 in Moskau abgeschlossen. In weiteren nicht veröffentlichten Verhandlungen wurden die Grenzen für die beiderseitigen „Interessensphären“, festgelegt, also die Grenzlinie der Sowjetunion, die von der deutschen Armee im Falle eines kriegerischen deutschen Überfalles auf Polen als sowjetische Staatsgrenze nicht überschritten werden durfte.

Aber aus dem Ergebnis der Verhandlungen über die Abgrenzung der Interessensphären zwischen Deutschland und der Sowjetunion wurde kein Geheimnis gemacht. In der Moskauer „Iswestija“ vom 23. September 1939 wurde eine Landkarte veröffentlicht, in der die – wie es im Text dazu heißt – *„durch die Regierungen Deutschlands und der UdSSR festgelegte Demarkationslinie zwischen den deutschen und sowjetischen Armeen in Polen“* eingezeichnet war, wie sie im Zusatzabkommen zum Nichtangriffsvertrag vereinbart worden war. In völliger Umkehrung der Tatsachen wird diese Grenzziehung von den Anklägern des Nichtangriffsvertrages als „Vierte Teilung Polens“ verleumdet.

In Wirklichkeit war es aber die Aufhebung der von Polen 1920 diktierten Teilung Belorußlands und der Ukraine. Im Vertrag von Riga von 1920 mußte nämlich Sowjetrußland, geschwächt und ausgeblutet durch Interventions- und Bürgerkrieg, dem Raub der Westgebiete von Belorußland und der Ukraine und deren Anschluß an Polen zustimmen.

Die am 23. August vereinbarte Demarkationslinie verlief allerdings noch weiter westlich von der Grenze von West-Weißrußland und der West-Ukraine; sie wurde aber in den neuerlichen Verhandlungen zur Abgrenzung der Interessensphären vom 28. September 1939 auf diese Linie zurückgenommen. Die von Polen 1920 geraubten sowjetischen Gebiete holte jetzt die Sowjetführung zurück, womit sie erstens ein von Polen begangenes historisches Unrecht überwand. Diese jetzige Grenzlinie war genau die Linie, die der britische Außenminister Curzon 1919 als Grenze zwischen Polen und Sowjetrußland vorgeschlagen hatte. Zweitens bewahrte diese Grenze diese Gebiete und ihre Bevölkerung davor, von der faschistischen Wehrmacht sofort okkupiert zu werden; drittens gewann die Sowjetunion durch die Verlegung der Grenze nach Westen eine bessere Verteidigungslinie gegen den sicher kommenden deutschen Überfall.

Der britische Premierminister Winston Churchill kommentierte dieses Grenzabkommen am 1. Oktober 1939 im britischen Rundfunk mit folgenden Worten: *„Daß die russischen Armeen auf dieser Linie stehen, ist für die Sicherheit Rußlands gegen die deutsche Gefahr absolut notwendig.“*

## Die baltischen Staaten

Ähnliches trifft auf die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen zu. Sie standen im Laufe der Jahrhunderte in unterschiedlichem Maße zwischen den um die Herrschaft über dieses Gebiet und die dort befindlichen estnischen, lettischen und litauischen Staatsgebilde konkurrierenden Mächte: dem Deutschen Orden, Schweden, Polen und Rußland. Mit der Entwicklung des Kapitalismus entstand in allen drei Ländern ein eigenes Proletariat und eine eigene Arbeiterbewegung, die ihre stärksten Impulse aus Rußland empfangen. In Lettland und Litauen wurden sozialdemokratische Arbeiterparteien gegründet, 1896 in Litauen, 1904 in Lettland; diese schloß sich bereits 1906 der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands an. Starke Impulse gingen für die revolutionäre Bewegung aller drei Länder von der russischen Revolution 1905/07 aus. Die Arbeiter Estlands nahmen an ihr aktiv teil, und in Lettland wurde sie aktiv unterstützt.

An der Oktoberrevolution waren die Werktätigen aller drei Länder beteiligt, in allen dreien wurde die Sowjetmacht errichtet. Sie wurde jedoch dort durch ausländische Intervention, vor allem von deutschen Truppen, gestürzt und reaktionären bürgerlichen Regimes Platz geschaffen. In Litauen und Lettland wurden diese durch faschistische Regime abgelöst, in Litauen schon 1926, in Lettland 1934. Beim Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages kam von den drei baltischen Staaten Litauen zunächst in die deutsche Interessensphäre.

Nachdem die deutschen Truppen Polen überfallen und große Teile Polens besetzt hatten und die polnische Regierung nach Rumänien geflohen war, begann die Sowjetarmee am 17. September mit der Besetzung der zu ihrer Interessensphäre gehörenden Gebiete. Auf Forderung der Sowjetunion wurden mit Deutschland nochmals Verhandlungen über die endgültige Abgrenzung der gegenseitigen Interessensphären geführt, und mit dem sogenannten „Freundschafts- und Grenzabkommen“ vom 28. September 1939 abgeschlossen.

Der Inhalt dieses Abkommens bezeugt, daß von Seiten der Sowjetunion nicht von Freundschaft zu Deutschland, sondern nur von Mißtrauen die Rede sein konnte.

Denn die wichtigste Änderung gegenüber der ersten Festlegung vom August bestand darin, daß Deutschland Litauen, das damals Deutschland als zu seiner Interessensphäre gehörig beansprucht und zugesprochen erhalten hatte, nunmehr – wie vorher schon die anderen baltischen Staaten Estland und Lettland – zur Interessensphäre der Sowjetunion gehörig anerkennen mußte. Es zeugt von der weiten Voraussicht der sowjetischen Führung, daß sie zugleich die Westgrenze ihrer Interessensphäre in Ostrichtung bis zur Curzon-Linie zurücknahm.

Auch dazu noch einmal Churchills Kommentar: *„Als Herr von Ribbentrop in der vorigen Woche nach Moskau gerufen wurde, da geschah das, damit er von der Tatsache erfahre und Notiz nehme, daß den Absichten der Nazis auf die baltischen Staaten und die Ukraine ein Ende gesetzt werden muß.“*<sup>5[5]</sup>

Was die Bezeichnung „Freundschafts- und Grenzabkommen“ betrifft, so kann mit Sicherheit gesagt werden, daß es die deutsche Seite war, die auf die Einfügung des Wortes „Freundschaft“ gedrängt hatte. Sie hatte das bereits im August versucht, damals allerdings vergeblich. In den Aufzeichnungen des Leiters der Rechtsabteilung des deutschen Auswärtigen Amtes, Friedrich Gaus, heißt es

---

darüber: „Herr von Ribbentrop hatte persönlich in die Präambel des von mir angefertigten Vertragsentwurfes eine ziemlich weitgehende Wendung betreffend freundschaftlicher Gestaltung der deutsch-sowjetischen Beziehungen eingefügt, die Herr Stalin mit der Bemerkung beanstandete, daß die Sowjetregierung, nachdem sie sechs Jahre lang von der nationalsozialistischen Reichsregierung mit 'Kübeln von Jauche' überschüttet worden sei, nicht plötzlich mit deutsch-russischen Freundschaftsversicherungen an die Öffentlichkeit treten könnte. Der betreffende Passus ... wurde gestrichen bzw. geändert.“ 6[6]

### **Ein Vertrag ganz im Leninschen Sinne...**

Seit Chruschtschows Verleumdungsrede auf dem XX. Parteitag wird vom deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag behauptet, mit ihm habe Stalin den Grundsätzen Lenins zuwider gehandelt. Lenin aber hat vor Moskauer Parteifunktionären am 26. November 1920 als Pflicht der Sowjetregierung das Folgende festgestellt:

*„Vorläufig sitzen die Imperialisten da und warten auf einen günstigen Augenblick, um die Bolschewiki zu vernichten. Wir aber schieben diesen Augenblick hinaus. ... Noch mehr würde uns der Umstand retten, wenn die imperialistischen Mächte sich in einen Krieg verwickelten. Wenn wir gezwungen sind, solche Lumpen wie die kapitalistischen Diebe zu dulden, von denen jeder das Messer gegen uns wetzt, so ist es unsere direkte Pflicht, diese Messer gegeneinander zu richten. Wenn zwei Diebe streiten, so gewinnen dabei die ehrlichen Leute.“ 7[7]*

Genau das hat die Sowjetführung mit dem Abschluß des Nichtangriffsvertrages getan. Und noch mehr: sie hat damit die Westmächte gezwungen, nach dem Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion am 21. Juni 1941 in ein ungeliebtes, unfreiwilliges Bündnis mit der Sowjetunion einzutreten, da nach dem deutschen Überfall auf Norwegen, Dänemark, Luxemburg, Belgien und Frankreich, nach dem Bombenkrieg gegen England, ihre Völker ihnen keinen Frontwechsel mehr erlaubt hätten. Immerhin zogen sie die versprochene Eröffnung der Zweiten Front zwei Jahre hinaus, so lange, bis sie erkennen mußten, daß die Sowjetunion auch ohne Zweite Front die Nazibestie alleine in Berlin zur Strecke bringen würde.

Der Nichtangriffsvertrag war also wirklich verheerend – aber für Nazideutschland und die finsternen Pläne der Truman und Konsorten!

Für den Schweizer Historiker Walther Hofer waren die zitierten Ausführungen Lenins der Beweis dafür, daß sich die Sowjetführung beim Abschluß des Nichtangriffsvertrages geradezu wortwörtlich an Lenins Weisungen gehalten hat. Ist es nicht traurig, daß ein bürgerlicher Historiker wie Hofer mehr Verständnis für den Klasseninhalt der damaligen Politik der Sowjetführung an den Tag legt als z.B. das Dreigestirn?

Die finnische Regierung im Bündnis mit dem westlichen Imperialismus

Mit dem Abschluß des Nichtangriffsvertrages hatte die Sowjetführung einen wichtigen Schritt getan zur Schaffung besserer Voraussetzungen für eine erfolgreiche Abwehr eines künftigen faschistischen Überfalles. Aber es gab noch ein schwieriges Problem zu lösen. Die Sowjetführung war sich darüber klar, daß bei einem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion das faschistische Finnland an Hitlers Seite sein würde und bei einem deutsch-finnischen Angriff wegen der Nähe der Grenze zu Finnland – nur 30 Kilometer – Leningrad nicht gehalten werden

konnte. Aber die Stadt Lenins, die Wiege der Oktoberrevolution, durfte auf keinen Fall in die Hände des faschistischen Feindes fallen.

Deshalb unterbreitete die Sowjetregierung der finnischen Regierung den Vorschlag, im Austausch gegen Gebiete in Sowjet-Karelien die finnische Grenze bei Leningrad um etliche Kilometer nach Westen zu verlegen. Die entsprechenden karelischen Gebiete hätten das Doppelte des Gebietes betragen, das bei Leningrad an die Sowjetunion gekommen wäre. Durch diesen Gebietsaustausch wäre die Unabhängigkeit Finnlands – die ja erst nach der Oktoberrevolution durch die Sowjetregierung gewährt worden war – in keiner Weise angetastet worden, die finnische Regierung hätte aber ihren Wunsch nach freundschaftlichen Beziehungen zu ihrem sowjetischen Nachbarn unter Beweis stellen können.

Die finnische Regierung lehnte jedoch in schroffer und provokatorischer Weise den sowjetischen Vorschlag ab. Sie wurde dazu angestachelt sowohl durch die deutschen als auch durch die englischen, französischen und US-Imperialisten. Die westlichen Imperialisten sahen in einem kriegerischen Konflikt zwischen Finnland und der Sowjetunion eine Möglichkeit, dem zweiten Weltkrieg doch noch nachträglich die von ihnen gewünschte Wendung zu geben, nämlich zu einem Krieg zwischen Hitlerdeutschland und der Sowjetunion, der die Möglichkeit eröffnet, mit der Sowjetmacht endlich Schluß zu machen.

*„Die herrschenden Kreise Großbritanniens und Frankreichs gingen von folgendem aus: Wenn keine aktiven Kriegshandlungen gegen die Wehrmacht geführt, gleichzeitig aber politischer und wirtschaftlicher Druck auf Deutschland ausgeübt werde, so würde die deutsche Führung früher oder später dazu bewegt werden können, die Aggression im Osten weiterzuführen. Obgleich sich die Hoffnung der reaktionären Kreise in London und Paris, Deutschland werde nach der Zerschlagung Polens sofort die Sowjetunion überfallen, nicht erfüllte, gaben sie den Gedanken nicht auf, den Krieg, der zwischen den kapitalistischen Mächten begonnen hatte, in einen Krieg gegen die Sowjetunion umzuwandeln.*

*Statt wirksame Maßnahmen zum Kampf gegen das faschistische Deutschland zu ergreifen, wurden in den Regierungskreisen und Militärbehörden Großbritanniens und Frankreichs Pläne für diplomatische, wirtschaftliche und militärische Vorbereitungen zum Krieg gegen die Sowjetunion ausgearbeitet. Vorgesehen war, im Norden die finnisch-sowjetischen Gegensätze auszunutzen und unter dem Vorwand der Hilfe für Finnland einen Schlag gegen Leningrad und Murmansk zu führen. Es sollte ein 150.000 Mann starkes anglo-französisches Expeditionskorps aufgestellt und nach Finnland verlegt sowie im Raum Petsamo eine alliierte Invasionstruppe angelandet werden, die gemeinsam mit den finnischen Truppen in Richtung Kandalakscha vorstoßen und die Eisenbahnstrecke Murmansk-Leningrad abschneiden sollte.“ 8[8]*

*„Ermuntert von den Westmächten und von Hitlerdeutschland, konzentrierten sich finnische Truppen in den Grenzgebieten und verübten Ende November wiederholt Feuerüberfälle.“ 9[9]*

### **Der finnisch-sowjetische Krieg**

Angesichts der drohenden Gefahr eines kombinierten Angriffs zugleich von Seiten Finnlands und Deutschlands, und auch

---

Frankreichs und Englands entschloß sich die Sowjetregierung, einem solchen Schritt zuvorzukommen.

Am 29. November 1939 gab der sowjetische Außenminister Molotow in einer Rundfunkrede bekannt:

*„Die Regierung kann die entstandene Lage nicht länger dulden, für die der Regierung Finnlands die volle Verantwortung zufällt... Das einzige Ziel unserer Maßnahmen ist, die Sicherheit der Sowjetunion und besonders Leningrads mit seinen dreieinhalb Millionen Einwohnern zu gewährleisten. In der gegenwärtigen, durch den Krieg überhitzten internationalen Situation können wir die Lösung dieser lebenswichtigen und unaufschiebbaren Aufgaben des Staates nicht vom bösen Willen der gegenwärtigen finnischen Machthaber abhängig machen.“*

Mit den angekündigten Maßnahmen begann die Sowjetarmee am folgenden 30. November, womit der finnisch-sowjetische Krieg, der sogenannte Winterkrieg, seinen Anfang nahm: Den Widerstand der finnischen Armee zu brechen, dauerte zwar länger, als erwartet – vor allem wegen der stark befestigten „Mannerheim-Linie“ –, aber es gelang doch noch, bevor die Westmächte ihre geplanten Absichten in die Tat umsetzen konnten: Mannerheim mußte sich geschlagen geben und Finnland unterzeichnete am 12. März 1940 den Friedensvertrag mit der Sowjetunion, durch den der Abstand zwischen Leningrad und der finnischen Grenze von bisher 30 auf 150 Kilometer vergrößert wurde.

Wie berechtigt und notwendig das Vorgehen der Sowjetunion war, das bewies Finnland wenige Monate später durch seine Teilnahme am Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion am 21. Juni 1941 und an den blutigen Kämpfen um die Einnahme Leningrads, die aber dank der Grenzverlegung und der dadurch möglich gewordenen stark ausgebauten Verteidigungslinie erfolglos blieben.

Der Krieg gegen Finnland taugt auch nicht dazu, die These von der „Macht ohne Moral“ zu stützen – er war im Gegenteil motiviert von höchster revolutionärer, kommunistischer Moral – der Sicherung der Stadt Lenins, der Geburtsstadt der Oktoberrevolution, und der Bewahrung der Leningrader vor der faschistischen Okkupation.

### **Und wie weiter nach dem Sieg über Hitlerdeutschland?**

Nach dem Sieg über das faschistische Deutschland stand die Sowjetführung wiederum vor einer schweren Entscheidung. Sie betraf die Unterstützung revolutionärer Bewegungen in den Ländern der Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition.

Dank des weltweit gewaltig gewachsenen Ansehens der Sowjetunion und dank der führenden Rolle der Kommunisten in den Widerstandsbewegungen gegen die faschistischen Okkupanten und deren Handlanger in der eigenen Bourgeoisie hatte sich in einigen Ländern eine Situation entwickelt, in der eine Weiterführung des Kampfes unter Führung der Kommunistischen Partei zum Sturz der alten kapitalistischen Macht möglich oder sogar schon – wie in Griechenland – im Gange war.

Damit erhob sich vor der Sowjetführung die Frage, wie sie sich in einem solchen Falle zu verhalten habe – ob sie nicht zu einer aktiven Unterstützung verpflichtet sei,

oder ob sie im Falle der Niederwerfung eines solchen Versuches tatenlos bleiben dürfe bzw. müsse.

Die Antwort auf diese Frage konnte nicht nach abstrakten Prinzipienerklärungen, sondern nur auf der Grundlage einer nüchternen Analyse des konkreten Klassenverhältnisses gegeben werden. Die aber sah so aus:

Erstens: Nach dem Verlust von über 20 Millionen Menschen und der Verwüstung großer Teile des Landes durch die faschistischen Barbaren brauchte die Sowjetunion nichts dringender als Frieden.

Zweitens: Die reaktionären Kräfte der imperialistischen Siegermächte waren nicht bereit, sich mit der durch die Befreiung und die Besetzung Osteuropas durch die Rote Armee geschaffenen Lage abzufinden, sondern hatten ihre Absicht, die Sowjetmacht wieder aus der Welt zu schaffen, nicht aufzugeben. Deutlich sichtbar war das daran, daß auf Churchills Geheiß die deutschen Truppen, die sich in Schleswig-Holstein den Engländern ergeben hatten, nicht als Kriegsgefangene behandelt, sondern im Jahre 1945 als einsatzfähige internierte Truppenteile in Bereitschaft gehalten wurden.

Die Rolle der USA und die griechische Widerstandsbewegung

Und erst recht waren sie entschlossen, in ihrem Machtbereich auch mit Waffengewalt jeden Versuch einer kommunistischen Machteroberung niederzuwerfen, wie sie das in Griechenland taten. Dort hatten sich im Kampfe gegen die faschistischen Okkupanten eine starke Widerstandsbewegung unter Führung der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) gebildet, die nach der Vertreibung der Deutschen die von ihnen eroberten Gebiete auch gegen die Engländer, die in Griechenland gelandet waren und die Deutschen, zugleich aber auch die Widerstandsbewegung bekämpften, verteidigte.

Nachdem die Griechische Regierung 1944 aus der Emigration nach Athen zurückkehrte, führte sie, unterstützt von den Engländern, einen erbitterten Bürgerkrieg gegen die Widerstandsbewegung. Deren Streitkräfte formierten sich im Oktober 1946 zur „Demokratischen Armee Griechenlands“, und in den von ihr befreiten und gehaltenen Gebieten bildete sich im Dezember 1947 die „Provisorische Demokratische Regierung“.

Wie sehr man in den USA von der Stärke der kommunistisch geführten griechischen Widerstandsbewegung beunruhigt war, beweist ein Sonderbericht des Rats für Sicherheit der Vereinigten Staaten vom 16. Januar 1948, in dem es heißt:

„Die Sicherheit des östlichen Mittelmeeres und des Mittleren Ostens ist vital für die Sicherheit der Vereinigten Staaten. ... Die Sicherheit des gesamten östlichen Mittelmeeres und des Mittleren Ostens wird Gefahr laufen, wenn der Sowjetunion in ihren Bemühungen gelingt, die Kontrolle über Italien, Griechenland, die Türkei und Persien zu erwerben. Im Lichte des soeben Ausgeführten müßte demnach die Politik der Vereinigten Staaten gemäß den Prinzipien und dem Geist der Charta der Vereinten Nationen die Sicherheit des östlichen Mittelmeeres und des Mittleren Ostens gewährleisten. Als notwendige Folge dieser Politik müßten die Vereinigten Staaten zur Aufrechterhaltung der nationalen Integrität und der politischen Unabhängigkeit Italiens, Griechenlands, der Türkei und Persiens helfen. Indem die Vereinigten Staaten diese Politik betreiben, müssen sie bereit sein, von ihrer

politischen, ökonomischen und nötigenfalls ihrer militärischen Macht Gebrauch zu machen auf eine Weise, die als die wirksamste betrachtet wird.“ 10[10]

Den massiven Angriffen konnte die Demokratische Armee nicht länger standhalten. Der Generalsekretär der KKE, Nikos Zachariadis, fuhr im April 1949 deshalb nach Moskau zur Beratung mit der sowjetischen Führung, die zu dem Ergebnis führte, daß der Kampf eingestellt werden müsse und die Kämpfer in den sozialistischen Ländern – Albanien, Bulgarien und Sowjetunion – Aufnahme finden würden.

Besonders das Beispiel des griechischen Bürgerkrieges macht deutlich: angesichts des bestehenden internationalen Klassenkräfteverhältnisses entsprach den Interessen der Sowjetunion sowie der kommunistischen Bewegung in allen Ländern eine Politik, die darauf abzielte, das Bündnis mit den Westmächten und deren Bindung an die gemeinsam gefaßten Beschlüsse – vor allem das Potsdamer Abkommens und die Charta der Vereinten Nationen – so lange wie möglich aufrechtzuerhalten.

### **Das Potsdamer Abkommen und die Stalin-Note**

Die Erhaltung des Friedens in Europa und die Stärkung seiner progressiven Kräfte hing entscheidend von der Entwicklung in Deutschland ab.

Deshalb kam der strikten Verwirklichung der Festlegungen des Potsdamer Abkommens zur Ausrottung des Faschismus mit seinen Wurzeln, der Enteignung der Naziförderer und der Kriegsverbrecher-Monopole, der konsequenten Demokratisierung und Entmilitarisierung Deutschlands erstrangige Bedeutung zu..

Die Verwirklichung dieser Beschlüsse hätte in ganz Deutschland eine antifaschistisch-demokratische Friedensordnung errichtet und es zum Zentrum und Ausgangspunkt für eine entsprechende Entwicklung in seinen westlichen und südlichen Nachbarländern, zu einem wirtschaftlich und politisch starken Partner seiner östlichen sozialistischen Nachbarn gemacht.

Deshalb schlug die Sowjetunion 1952 mit der Stalin-Note ihren Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition noch einmal die Einigung auf die Errichtung eines einheitlichen, demokratischen entmilitarisierten und neutralen Deutschland, wie es im Potsdamer Abkommen vorgesehen war, vor.

Eine solche Politik entsprach nicht nur der politischen Vernunft, sondern auch der kommunistischen Moral.

### **Fidel Castro als Kronzeuge gegen Stalin?**

Das Dreigestirn, das glaubt, Fidel Castro als Kronzeugen dafür zitieren zu dürfen, daß Hans Heinz Holz ein Fürsprecher von „Kampf um Machterhalt ohne moralische und ethische Grenzen“ ist, sei zum Schluß mit Aussagen von Fidel Castro über Chruschtschow bekannt gemacht, die sie vielleicht dazu veranlassen, darüber nachzudenken, ob sie ihr Bild von Chruschtschow als dem glaubwürdigen „Verkünder der Wahrheit über die Verbrechen Stalins“ noch länger aufrechterhalten können.

Fidel Castros 780seitiges Buch „Mein Leben“ (in deutscher Sprache 2008 im Rotbuch Verlag, Berlin erschienen), entstand aus einem langwährenden Interview des in Spanien geborenen, aber in Paris lehrenden Medienwissenschaftlers Ignacio Ramonet mit Fidel.

---

## **Die zweifelhafte Rolle Chruschtschows in der „Kuba-Krise“ 1962**

Im Kapitel 13 („Oktoberkrise 1962“) befragt Ramonet Fidel über Ursachen und Verlauf der Kuba-Krise und die Rolle, die dabei Chruschtschow spielte. Fidel überrascht dabei mit einer zuweilen äußerst scharfen Kritik am Verhalten Chruschtschows, das in großem Kontrast steht zu gelegentlichen Äußerungen großen Lobes und großer Hochschätzung für ihn, die offenbar dem Repräsentanten des Staates galten, der für alle Kubaner der Garant des Schutzes Kubas vor einer US-amerikanischen Intervention und der unentbehrliche Helfer bei der Durchbrechung des würgenden Wirtschaftsembargos der USA war. Die folgenden Auszüge aus dem Kapitel 13 (S. 300-317) machen deutlich, welche zweifelhafte Rolle Chruschtschow in der Kuba-Krise spielte.

Zunächst wird deutlich: Nicht die Kubaner haben um die Installierung sowjetischer Raketen gebeten, sondern die sowjetische Seite, genauer: Chruschtschow hat sie ihnen mehr oder weniger aufgedrängt.

Fidel: „Meiner Meinung nach wurde der Wunsch deutlich, das Kräfteverhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zugunsten Letzterer zu verbessern.. Ich gestehe, daß ich mich nicht besonders wohl bei dem Gedanken fühlte, diese Waffen in Kuba zu haben. Wir wollten nie, daß der Eindruck entsteht, unser Land sei eine sowjetische Militärbasis. ...

Zurück an dem Ort, wo die beiden sowjetischen Vertreter warteten, sagte ich ihnen wörtlich: Wenn es darum geht, Kuba vor einem direkten Angriff zu schützen und gleichzeitig die UdSSR und das sozialistische Lager zu stärken, dann sind wir mit der Stationierung der nötigen Mittelstreckenraketen einverstanden. ....

Trotz all dieser Anstrengungen (zur Geheimhaltung der Raketenstationierung) zirkulierten die Gerüchte überall. ...

### **Eine „byzantinische“ Diskussion...**

Die Regierungen der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten gerieten in eine byzantinische und seltsame Diskussion über den offensiven oder defensiven Charakter der in Kuba stationierten Waffen. ...

Es gab für die UdSSR überhaupt keine Notwendigkeit, sich in solche Erklärungen zu verstricken. Was Kuba und die Sowjetunion taten, war völlig legal und strikt konform mit internationalem Recht. Chruschtschow hätte vom ersten Augenblick an erklären müssen, daß Kuba über die notwendigen Waffen zu seiner Verteidigung verfügte.

Uns gefiel die Richtung nicht, die die öffentliche Debatte nahm. Ich entsendete Che, Industrieminister und Mitglied der nationalen Leitung der ORI (Integrierte revolutionäre Organisationen) zu Chruschtschow, um ihm meinen Standpunkt darzulegen, einschließlich der Notwendigkeit, sofort das von der UdSSR und Kuba unterzeichnete Militärabkommen zu veröffentlichen.

Ich konnte ihn nicht überzeugen. Chruschtschows Antwort lautete, daß er später die Baltische Flotte schicken würde, um die Vereinigten Staaten von einer zu vehementen Reaktion abzuhalten. Für uns, die Führer der Kubanischen Revolution, war die UdSSR ein mächtiger und erfahrener Staat. Wir hatten kein anderes Argument, um sie davon zu überzeugen, daß die Strategie im Umgang mit dieser Angelegenheit geändert werden müßte, und uns blieb nichts anderes übrig, als ihnen zu vertrauen.

Ramonet: Wie begann die Krise?

Fidel: Zwischen dem 14. Und 15. Oktober entdeckten die US-Amerikaner die Raketenstellungen. Ein U-2-Spionageflugzeug fotografierte aus großer Höhe einige Abschlußrampen. Heute ist bekannt, daß es ein Mitglied des sowjetischen Geheimdienstes war, Oleg Penkowski, der den US-Amerikanern die genaue Position der Raketen durchgab...

(Penkowski wurde einige Tage später von sowjetischer Seite festgenommen, S.303.) Kennedy wurde am 16. Oktober informiert, und sechs Tage später kam es zur Krise.

### **Die sowjetische Regierung verhindert nicht die USA-Spionageflüge**

Das Unglaubliche am Verhalten Chruschtschows war, daß es während der Aufstellung der Boden-Luft-Raketen im ganzen Land nicht möglich gewesen sein sollte, zu verhindern, daß die Spionageflugzeuge die sowjetisch-kubanischen Abwehrmaßnahmen entdeckten. Das hatte bereits nichts mehr mit Taktik und Strategie zu tun. Es war eine Entscheidung, verbunden mit der Bereitschaft, eine wirklich feste Haltung angesichts der geschaffenen Situation zu bewahren oder nicht. Von unserem Standpunkt aus, den wir damals vertraten und den ich auch heute noch vertrete, gewährten wir dem Gegner damit, Spionageflugzeuge einzusetzen, ohne Not einen ungemeinen Vorteil. Dadurch verfügte er über eine ganze Woche, um seine Antwort, sowohl politisch wie militärisch, zu planen. Als die Krise dann vom Zaun gebrochen wurde, hatte Chruschtschow keine klare Vorstellung davon, was zu tun sei.

Ramonet: Was taten die Vereinten Nationen in dieser Situation

Fidel: Es kam, wie ich es bewerten würde, zu der beschämenden Debatte zwischen dem US-amerikanischen Botschafter, Adlai Stevenson, und dem sowjetischen Botschafter, Walerian Sorin. Stevenson präsentierte dem Sicherheitsrat auf spektakulär Weise Fotos von den strategischen Raketenstellungen. Der sowjetische Botschafter leugnete die Existenz und die Authentizität dieser Beweisfotos. Er verweigerte jede Diskussion. Es war alles improvisiert, der Mann war nicht vorbereitet auf eine Diskussion. Er griff nicht an, klagte nicht an, brachte keinen der berechtigten Gründe vor, die Kuba – ein kleines und angegriffenes Land, das von der Supermacht bedroht war – hatte, um die UdSSR um Hilfe zu bitten, und die ihrerseits die UdSSR hatte, diese Hilfe zu gewähren, getreu ihren Prinzipien und den internationalen Verpflichtungen. Statt dessen ließ er sich auf eine schwache Argumentation ein, die dem Zögern und der schlechten öffentlichen Handhabung des Themas durch Chruschtschow schon vor Ausbruch der Krise entsprang. Er hatte den Fehler begangen, die wirkliche Debatte zu vermeiden, die Debatte, die über die Souveränität Kubas und sein Recht, sich zu verteidigen, sich zu schützen, zu führen gewesen wäre. Das war am 25. Oktober 1962.

Ramonet: Während dessen ... haben die US-Amerikaner Kuba weiter überflogen, oder?

Fidel: Sie flogen weiter über unser Territorium, und man ließ es ungestraft zu. Trotz der Luftabwehrraketen, die zuvor aufgestellt worden waren, um eben das zu verhindern: die offene und schamlose Spionage über dem nationalen Territorium, wodurch jedes kleine Detail unserer Verteidigung ausspioniert wurde. Sie schickten weiterhin ihre U-2-Spionageflugzeuge und begannen auch mit Aufklärungsflügen in sehr niedriger Höhe. Wir beschlossen, auf jene US-amerikanischen Flugzeuge zu schießen, die im Tiefflug ankamen. Es gab damals noch keine Möglichkeit, diese aufzuspüren, so daß die Gefahr eines Überraschungsangriffes bestand. Wir

brachten das gegenüber den verantwortlichen sowjetischen Militärs zur Sprache und sagten ihnen, daß die Tiefflüge nicht gestattet sein sollten. Wir informierten sie vorher, daß wir schießen würden, und eröffneten das Feuer mit der Flugabwehrrakete. Am 27. Oktober schoß eine Flugabwehrrakete SAM, die von den Sowjets manövriert wurde, ein Spionageflugzeug vom Typ U-2 ab. Das war in der Provinz Oriente und der Augenblick maximaler Spannung.

Ramonet: Glaubten Sie an einem bestimmten Punkt, daß der Krieg unvermeidlich war?

Fidel: ... Wir selbst glaubten, daß der Konflikt unvermeidlich war, und waren bereit, dieses Risiko einzugehen. ...

### **Chruschtschows Raketendeal mit den USA verschlechtert die Lage Kubas**

In diesem Augenblick höchster Anspannung unterbreiteten die Sowjets den Vereinigten Staaten einen Vorschlag, Und Chruschtschow konsultierte uns nicht. Sie schlugen vor, die Raketen zurückzuziehen, wenn die Vereinigten Staaten im Gegenzug Jupiter-Raketen aus der Türkei abziehen würden. Kennedy akzeptierte diesen Handel am 28. Oktober, und die Sowjets beschlossen, die SS-4-Raketen abziehen. Uns erschien das absolut nicht korrekt. Dieser Vorgang verursachte viel Empörung.

Ramonet: Hatten Sie den Eindruck, daß diese Vereinbarung hinter Ihrem Rücken getroffen worden war?

Fidel: Wir erfuhren über öffentliche Kanäle, daß die Sowjets einen Abzug der Raketen vorschlugen. Und das war zu keiner Sekunde mit uns abgesprochen worden! Wir waren nicht gegen irgendeine Lösung, denn es war vorrangig, einen nuklearen Konflikt zu vermeiden. Aber Chruschtschow hätte den US-Amerikanern sagen müssen: ‚Man muß das auch mit den Kubanern besprechen.‘ Es mangelte ihm in diesem Augenblick an Besonnenheit und Standhaftigkeit. Grundsätzlich hätten sie uns konsultieren müssen.

Wäre es so gewesen, wären die Bedingungen des Abkommens mit Sicherheit vorteilhafter ausgefallen. Der Marinestützpunkt Guantánamo wäre nicht in Kuba geblieben, und die Spionageflüge in großer Höhe hätten ebenfalls aufgehört. All das belastete uns sehr.

Wir protestierten. Und auch nach dem Übereinkommen nahmen wir weiterhin die Tiefflieger unter Beschuß, so daß sie sie aussetzen mußten. Unsere Beziehungen zur Sowjetunion verschlechterten sich. . Das nahm über Jahre Einfluß auf unsere Zusammenarbeit.“

Viele Seiten weiter (S.315) fragt Ramonet Fidel, ob 1991 im Gegenzug für den Abzug der sowjetischen Brigaden aus Kuba nicht auch die Aufgabe der Militärbasis in Guantánamo durch die USA-Amerikaner zu erreichen gewesen wäre..

Fidels Antwort darauf:

„Das wäre einzig und allein während der Oktoberkrise (1962) möglich gewesen. Man hätte das leicht erreichen können, mit ein wenig Gelassenheit und kühlem Kopf, denn die Welt war nicht bereit, aufgrund der Launen der Regierung der Vereinigten Staaten einen Atomkrieg zu riskieren.

Wir haben fünf Forderungen gestellt. Unter anderem die Beendigung der Piratenangriffe und jeglicher Aktionen von Gewalt und Terrorismus gegen Kuba, die anschließend noch Jahrzehnte andauerten; die Beendigung der

Wirtschaftsblockade und die Rückgabe unseres Territoriums, auf dem sich unrechtmäßig die US-Marinebasis Guantánamo befindet. All das hätte man innerhalb dieser dramatischen und angespannten Situation erreichen können, denn, wie ich schon sagte, niemand war bereit, einen Weltkrieg zu riskieren wegen einer Wirtschaftsblockade gegen Kuba, ein paar terroristischer Anschläge und einer illegalen Marinebasis, die sich gegen den Willen der kubanischen Bevölkerung auf ihrem Territorium befindet. Niemand hätte deswegen einen Weltkrieg provoziert...

### **Chruschtschows Kungelei mit Kennedy**

Es gab viele politische und militärische Fehler, man muß sie kennen, um beurteilen zu können, was damals passierte. ...

Was wir nicht zuließen, war die – (von Chruschtschow ohne jede Rücksprache mit der kubanischen Seite mit Kennedy vereinbarte) – Inspektion. Wir protestierten, erklärten uns damit nicht einverstanden und forderten fünf Punkte.

Diese Bemerkung Fidels bezieht sich darauf, daß bei dem Gespräch Chruschtschow-Kennedy, in dem Chruschtschow – ohne jede vorherige Konsultation mit der Führung Kubas – den Abzug der sowjetischen Raketen vereinbarte und in das Abkommen – ebenfalls über den Kopf der Regierung Kubas hinweg – die Forderung Kennedys aufnahm, den Abzug der Raketen aus Kuba durch eine US-amerikanische Inspektion kontrollieren zu lassen. Chruschtschow behandelte also Kuba wie eine sowjetische Kolonie. Dagegen hatte Fidel in einem Brief an Chruschtschow vom 28. Oktober 1962 geschrieben: „Ich muß Sie auch davon in Kenntnis setzen, daß wir prinzipiell gegen eine Inspektion unseres Territoriums sind.“ (S.209)...

Und in einem weiteren Brief vom 31. Oktober schrieb er zu der Kungelei mit Kennedy über den Abzug der Raketen: „Die Gefahr konnte uns nicht schrecken, denn wir leben in unserem Land schon sehr lange Zeit mit ihr und haben uns in gewisser Weise an sie gewöhnt. ...

Viele Menschen, sowohl Kubaner als auch Sowjets, die bereit gewesen wären, in höchster Würde zu sterben, brachen in Tränen aus, als sie von der überraschenden, unerwarteten und bedingungslosen Entscheidung hörten, die Waffen abzugeben.“

In seinem Gespräch mit Ramonet, in dem er den kubanischen Protest gegen eine US-Inspektion auf Kuba erwähnte, gibt Fidel noch folgende sarkastische Einschätzung des Verhältnisses Chruschtschows zu Kennedy und zu dem Liebesdienst, den Chruschtschow Kennedy erwies als Ersatz für die von Fidel verweigerte Inspektion auf kubanischem Boden:

„Als nun die Sowjets – es war genau so, wie ich Ihnen das erzähle – mit den US-Amerikanern im Rahmen dieser Politik verhandelten, innerhalb dieses Techtelmechtels, das in diesen Tagen zwischen ihnen entstanden war, eine Art brennender Liebe inmitten eines kalten Krieges, beschlossen sie gemeinsam mit den US-Amerikanern die Inspektion auf offener See anstatt der Inspektion auf kubanischem Territorium.“

Bietet dieser Abschluß dem Dreigestirn nicht einen hervorragenden Stoff für eine neue Studie über „Fidel Castro zu einer Machtpolitik ohne moralische und ethische Grenzen“?

---